

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

12. August 2019

Ägypten

Anschlag auf das Krebsforschungsinstitut der Universität Kairo

In der Nacht auf den 05.08.19 wurde ein Autobombenanschlag auf das Krebsforschungsinstitut der Universität Kairo verübt, dabei verloren insgesamt 22 Menschen ihr Leben. Die ägyptischen Behörden identifizierten die Hasm-Gruppe, die als der Muslimbruderschaft nahestehend gilt, als Verursacher. Die Hasm-Gruppe bestreitet ihre Beteiligung. Im Zuge der Ermittlungen wurden zwei Rückzugsorte der Hasm-Gruppe gestürmt, wobei es bei Feuergefechten zu 17 Toten kam.

Afghanistan

Verhandlungen über Afghanistan

In einer achten Gesprächsrunde verhandelten hochrangige Vertreter der Taliban mit US-Unterhändlern in Katar über eine politische Beilegung des Konflikts. Die afghanische Regierung ist nicht an den Gesprächen beteiligt. Presseberichten zufolge soll bis zum 01.09.19 ein Abkommen ausgehandelt werden, in dem der Abzug amerikanischer Soldaten und der NATO-Truppen geregelt wird. Zudem sollen die Taliban garantieren, dass das Land nicht erneut zum Rückzugsort für Terroristen wird. Offizielle Friedensgespräche der afghanischen Regierung mit den Taliban sollen folgen.

Anschläge in Kabul

Trotz der Verhandlungen mit den USA riefen die Taliban zu Gewaltakten gegen die im September bevorstehende Wahl auf. Es kommt weiterhin zu Anschlägen.

Am 06.08.19 explodierte eine Bombe, die an einem mit Mitarbeitern der Drogenbekämpfungsabteilung des Innenministeriums besetzten Kleinbus befestigt war. Zwei Menschen sollen ums Leben gekommen und sieben weitere verletzt worden sein. Zunächst beanspruchte niemand die Tat für sich.

Am 07.08.19 detonierte in der Nähe einer Militärschule in Kabul eine Autobombe. Dabei wurden mindestens 14 Menschen getötet und mehr als 140 verletzt, zumeist Zivilisten. Die Taliban übernahmen die Verantwortung und erklärten, man habe ein Rekrutierungszentrum des Feindes treffen wollen.

Algerien

Wegen Hissens der Berberfahne Verhafteter wieder frei

Nadir Fetissi, der verbotenerweise bei einer Demonstration die Berberfahne getragen hatte und dem wegen Gefährdung der nationalen Einheit zehn Jahre Haft drohten, wurde am 08.08.19 von einem Gericht in Annaba, im Osten Algeriens, freigesprochen. Er war Anfang Juli verhaftet worden. Weitere ebenfalls wegen des Tragens der Berberfahne bei Demonstrationen in Annaba Festgenommene wurden nach wenigen Stunden wieder freigelassen. In der Provinz Batna steht die Gerichtsverhandlung bei 18 Personen noch aus. In anderen Landesteilen wurden Demonstranten, die die Berberfahne gehisst hatten, zu Bewährungsstrafen verurteilt.

Bosnien und Herzegowina

Parteien einigen sich auf Regierungsbildung

Zehn Monate nach den Wahlen zum Staatspräsidium haben sich die drei führenden Parteien auf die Bildung einer neuen Regierung geeinigt. Vertreter von Serben, muslimischen Bosniern und Kroaten unterzeichneten die Einigung bei einem Treffen, das auf Betreiben des Leiters der EU-Delegation in Bosnien zustande gekommen war. Streitpunkt zwischen den Parteien war insbesondere die Haltung zur Nato. Die Serben sind gegen einen Beitritt, während Bosnier und Kroaten dafür sind. Die Regierungsvereinbarung enthält nun eine vage Zusage, die Beziehung zu dem westlichen Verteidigungsbündnis zu vertiefen.

China

Hongkong: Generalstreik, weitere Demonstrationen

Tausende legten am 05.08.19 im Rahmen eines für diesen Tag ausgerufenen Generalstreiks ihre Arbeit nieder. In sieben Stadtteilen gab es Demonstrationen. Erneut besetzte man Straßen und versammelte sich vor Polizeiwachen und Regierungsgebäuden. U-Bahnen und Pendlerzüge wurden blockiert, etwa 200 Flüge fielen aus, weil ein Teil des Flughafenpersonals sich krankgemeldet hatte bzw. streikte. Es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten. Laut Polizei wurden 148 Personen festgenommen; damit stieg die Zahl der Festnahmen seit Beginn der Proteste auf etwa 600. Am 07.08.19 demonstrierten nach unterschiedlichen Quellen bis zu 3.000 Rechtsanwälte gegen die Art der Behandlung von Mitgliedern der Protestbewegung durch Regierung und Polizei.

Vom 09. bis 11.08.19 führten hunderte Demonstranten auf dem Hongkonger Flughafen einen Sitzstreik durch, um Reisende auf die Situation in Hongkong aufmerksam zu machen. Der Flugverkehr wurde dadurch nicht behindert. Erneut demonstrierten am 10. und 11.08.19 Tausende in den Straßen der Stadt, obwohl einige Demonstrationen verboten worden waren. Protestierende errichteten Barrikaden und lieferten sich Auseinandersetzungen mit der Polizei, die Tränengas einsetzte.

Indien/Pakistan

Ausgangssperre in Kaschmir-Region kurzzeitig gelockert

Lt. dpa-Meldung vom 09.08.19 hat die indische Regierung die nach der umstrittenen Aberkennung der Autonomie-Regelung der Region Jammu und Kaschmir verhängte Ausgangssperre (s. BN v. 05.08.19) zeitweise gelockert. Die Menschen in der Stadt Srinagar und umliegenden Gebieten hätten ihre Häuser verlassen können, um am regulären Freitagsgebet in Moscheen in ihrer Nachbarschaft teilzunehmen. Zehntausende Soldaten kontrollieren derzeit die Region, auch um Proteste gegen das Vorgehen der Regierung zu verhindern. Angaben des indischen Außenministeriums zufolge soll es zu keinen Protesten gekommen sein. Die seit dem 04.08.19 gesperrten Internet- und Telefonverbindungen sollen zumindest teilweise wieder funktionieren. Mehrere Supermärkte, Apotheken und andere Läden seien wieder geöffnet.

Irak

Sicherheitslage

Am 04.08.19 wurde die Inhaberin eines Schönheitssalons in Bagdad getötet und eine Mitarbeiterin verletzt, als eine Sprengvorrichtung im Briefkasten des Salons explodierte.

Auch in den Provinzen Anbar, Bagdad, Basra und Diyala kamen bei Explosionen von improvisierten Sprengvorrichtungen und Minen mehrere Zivilisten und Sicherheitskräfte ums Leben.

Am 05.08.19 begann die dritte Phase der Anti-IS-Militäroffensive „Will of Victory“ (vgl. BN v. 29.07.19) in den Provinzen Diyala und Ninive. Die Volksmobilisierungsfrente verkündete am 06.08.19 das erfolgreiche Ende der dritten Phase.

Ausbruch aus Gefängnis in Bagdad

Am 10.08.19 brachen 15 des Drogenhandels Verdächtige aus dem Polizeigewahrsam (Polizeistation al-Russafa) in Bagdad aus. In einem Video der Überwachungskamera ist zu sehen, wie die Verdächtigen ohne

offensichtlichen Widerstand der Sicherheitskräfte die Wache verlassen. Das Personal der Wache ist teils in Zivil gekleidet und unbewaffnet zu sehen. Acht der Verdächtigen wurden mittlerweile wieder gefasst. Medienberichten zufolge seien einige der Sicherheitsverantwortlichen entlassen worden

Proteste in der Ninive-Ebene

Am 06.08.19 übertrug Premierminister Abd al-Mahdi die Sicherheitsverantwortung an die lokale Shabak-Einheit (Brigade 30) der Volksmobilisierungsfront, die lokale Polizei und das Militär. Die vorausgehende Entscheidung der zentralirakischen Regierung, die Brigade 30 von allen Checkpoints in der Ninive-Ebene abzuziehen, hatte Proteste der Lokalbevölkerung ausgelöst. Am 01.07.19 hatte die zentralirakische Regierung einen Beschluss zur vollständigen Eingliederung der Volksmobilisierungsfront in die irakischen Sicherheitskräfte erlassen (vgl. BN v. 15.07.19).

Fünfter Gedenktag des Überfalls auf Sinjar

Am 03.08.19 jährte sich der Gedenktag des Überfalls des IS auf die Jesiden im Sinjar zum fünften Mal. Bisher wurden im Distrikt Sinjar 73 jesidische Massengräber entdeckt; davon wurden bislang 17 geöffnet. Das Verbleiben von 2.908 Jesiden, vor allem Frauen und Kinder, ist nach wie vor ungeklärt.

Iran

Deutliche Erhöhung der Finanzhilfe für palästinensische Hamas

Zwei Wochen nach Gesprächen einer Hamas-Delegation mit Ayatollah Chamenei und Regierungskreisen in Teheran berichten israelische Medien über eine deutliche Erhöhung der iranischen Finanzhilfe für die islamistische Gruppierung. Unter Berufung auf nicht genannte Quellen in israelischen Regierungskreisen soll Iran nach dem Treffen seine jährlichen Finanzhilfen für die Hamas von bislang rd. 100 Mio. USD auf 360 Mio. USD erhöht haben. Die Ausgaben Irans für militante Gruppierungen und für regionale Interventionen lehnen viele Iraner strikt ab.

Erneute iranische Angriffe gegen Kurden-Milizen

Das Hauptziel der jüngsten Angriffe iranischer Streitkräfte sind Stellungen der Demokratischen Partei Kurdistans Iran (DPKI) im iranisch-irakischen Grenzgebiet. Die DPKI kämpft für das Selbstbestimmungsrecht der rund zehn Millionen Kurden in Iran und ist deshalb seit der Islamischen Revolution 1979 verboten.

Gleichstellung: Arbeitsmarktsituation für Männer und Frauen

Von 24 Millionen beschäftigten Iranern sind laut einer neuen Studie etwa 20 Millionen Männer und nur viereinhalb Millionen Frauen. Vor diesem Hintergrund hatte Präsident Hassan Rohani in einem Regierungsbeschluss bereits vor zwei Jahren verkündet, bis zum Ende seiner zweiten Amtszeit im Jahr 2021 eine Frauenquote von 30% im Führungsbereich von Ämtern und Behörden anzustreben. In einem von der Weltbank im März 2019 veröffentlichten internationalen Ranking zur Gleichberechtigung von Frauen belegte Iran Platz 184. Nur der Sudan, Saudi-Arabien und die VAE schnitten noch schlechter ab. Der iranischen Studie zufolge, die unter Aufsicht des Arbeitsministeriums durchgeführt wurde, sind aktuell drei Millionen Arbeitslose in Iran registriert. Der Arbeitslosenanteil der Akademikerinnen beträgt demzufolge 28,1%, dagegen sind nur 12,9% Akademiker arbeitslos.

Israel/Palästinensische Autonomiegebiete

Westjordanland: Fahndung nach Ermordung eines Israelis

Am 08.08.19 wurde der Leichnam eines 18-jährigen Israelis nahe der Siedlungen Migdal Oz und Efrat im Westjordanland entdeckt. Er war auf dem Weg zurück von Jerusalem zu seiner Jeschiwa (jüdische Hochschule) nahe einer Bushaltestelle mit einem Messer ermordet worden.

Die israelischen Sicherheitsbehörden begannen eine großangelegte Fahndungsaktion. Am 10.08.19 schließlich verkündete das israelische Militär, es habe mehrere palästinensische Verdächtige verhaften können. Medienberichten zufolge soll es sich um zwei Brüder aus Hebron handeln.

Gazastreifen: Vier Tote bei Angriff auf Grenze

Am 10.08.19 wurden vier Palästinenser bei einem Schusswechsel mit dem israelischen Militär getötet, als sie versuchten, den Grenzzaun von Gaza gewaltsam zu überwinden. Sie sollen militärische Uniformen getragen haben und mit Gewehren und Granaten bewaffnet gewesen sein.

Ein Sprecher der Hamas sprach von einer individuellen Tat, Israel dagegen macht die radikalislamische Führung für alle Angriffe aus ihrem Territorium heraus verantwortlich.

Jemen

Kämpfe und Machtübernahme in Aden

Am 07.08.19 brachen in Aden Kämpfe aus zwischen den Presidential Guards (einer regierungsnahen Einheit) und den Security Belt Forces (einer militärischen Truppe der südlichen separatistischen Bewegung, dem Southern Transitional Council (STC), die von den VAE unterstützt wird). Die erneuten Kämpfe folgten einem Angriff der Houthi-Rebellen auf die Security Belt Forces in Aden am 01.08.19 (vgl. BN v. 05.08.19), die der jemenitischen Regierung eine Beteiligung an dem Angriff vorwarfen. Die Kämpfe dauerten bis zur Vereinbarung eines Waffenstillstands am Abend des 10.08.19 an. Berichten zufolge sollen bei den Gefechten mindestens 70 Menschen getötet und Hunderte verletzt worden sein. Die Separatisten übernahmen die Kontrolle über den Präsidialpalast und einige Militärposten. Der Innenminister der jemenitischen Regierung gratulierte den VAE zum Sieg, kritisierte jedoch Saudi-Arabien, ihren Verbündeten im Kampf gegen die Houthi-Rebellen, dass es nicht genug getan hätte, um die Security Belt Forces zu stoppen.

Der STC wird von den VAE unterstützt, die Regierungstruppen haben dagegen den Rückhalt Saudi-Arabiens. Der Bruch zwischen Saudi-Arabien und den VAE, die die Houthi-Rebellen eigentlich gemeinsam bekämpfen, wird im jemenitischen Bürgerkrieg damit zunehmend deutlich.

Verhaftungen und Vertreibungen in Aden

Die UN warf den Security Belt Forces vor, nach dem Houthi-Rebellenangriff vom 01.08.19 (vgl. BN v. 05.08.19) Vergeltungsangriffe gegen Hunderte von Bürgern aus dem Nordjemen verübt zu haben. Die Houthi-Rebellenbewegung stammt aus dem Norden des Landes. Berichten zufolge wurden Personen willkürlich verhaftet und inhaftiert, gewaltsam vertrieben, körperlich angegriffen und schikaniert. Häuser und Geschäfte wurden in den Bezirken Shiekh Uthman und Mansoura durchsucht. Die Security Belt Forces haben die Übergriffe, die am 03.08. und 04.08.19 stattgefunden haben sollen, zurückgewiesen.

Angriff in Hajjah

Am 11.08.19 wurde berichtet, dass bei einem saudi-arabischen Luftangriff im Gouvernement Hajjah mehrere Menschen, darunter Zivilisten, getötet oder verletzt worden sein sollen.

Kolumbien

Gewalt durch bewaffnete Gruppen

Laut einem am 08.08.19 von Human Rights Watch (HRW) veröffentlichten Bericht kämpfen im an der Grenze zu Venezuela gelegenen Departamento Norte de Santander (Region Catatumbo) bewaffnete Gruppen um die Kontrolle von Gebieten, die von der Rebellenorganisation Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) verlassen wurden. Die Regierung kontrolliere nicht alle derartigen Gebiete wirksam. Die noch aktiven Rebellenorganisationen Ejército de Liberación Nacional (ELN) und Ejército Popular de Liberación (EPL) sowie in neuen Gruppen organisierte ehemalige FARC-Kämpfer verübten Gewalt gegen die Bevölkerung. Es komme zu Morden, Verschwindenlassen, sexueller Gewalt, zur Rekrutierung von Kindern und zu Vertreibungen. Auch würden Landminen eingesetzt. Seit 2017 seien laut Regierung mehr als 40.000 Menschen vertrieben worden, die meisten 2018 durch Kämpfe zwischen ELN und EPL. Auch die in der Region lebenden etwa 25.000 Flüchtlinge aus Venezuela seien von der Gewalt bedroht.

Nach einem Friedensabkommen mit der Regierung von 2016 wurde die Mehrzahl der Kämpfer der FARC demobilisiert und zog sich aus den bislang kontrollierten Gebieten zurück. Andere bewaffnete Gruppen, darunter kriminelle Banden, versuchen das entstandene Machtvakuum für eigene Zwecke zu nutzen.

Kosovo

Parlamentsauflösung, Neuwahlen im Herbst

Nach dem Rücktritt von Premierminister Ramush Haradinaj (vgl. BN v. 22. und 29.07.19) beschloss das Parlament seine Auflösung zum 22.08.19. Danach müssen Neuwahlen innerhalb 30 bis 45 Tagen stattfinden.

Die derzeitige Regierungskoalition besteht aus der Demokratischen Partei Kosovos (PDK) von Präsident Hashim Thaçi, der Allianz für die Zukunft Kosovos (AAK) von Haradinaj und der Sozialdemokratischen Initiative (NISMA) von Fatmir Limaj. In der Opposition sind u. a. die Demokratische Liga (LDK) und die nationalistische Bewegung Vetevendosje (Selbstbestimmung). Meinungsumfragen zufolge hätten beide Parteien gute Chancen, Neuwahlen zu gewinnen.

Haradinaj hat sein Amt niedergelegt, nachdem er vor das Kosovo-Sondergericht in Den Haag vorgeladen wurde. Haradinaj war bereits von 2004 bis 2005 Premierminister. Nach der Parlamentswahl im Jahr 2017 übernahm er dieses Amt erneut. Während des Kosovokriegs 1998/99 war er Mitbegründer und Kommandeur der Untergrundarmee UCK. Das UN-Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien hatte Haradinaj bereits 2008 und 2012 in zwei Prozessen aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

Libyen

Murzuq

Am 04.08.19 starben bei einem Luftangriff auf eine lokale Versammlung in Murzuq mindestens 42 Menschen, weitere 60 wurden größtenteils schwer verwundet. Verantwortlich sollen die Truppen Khalifa Haftars sein. In Murzuq gibt es aktuell ein Machtvakuum, da Haftars Truppen sich wegen der Offensive auf Tripolis weitgehend zurückgezogen haben.

Waffenstillstand zum Eid al-Adha

Vom 11.08.19 bis zum 15.09.19 findet das Eid al-Adha, eines der höchsten islamischen Feste, statt. Die Truppen von Government of National Accord (GNA) und Libyan National Army (LNA) verständigten sich unter Vermittlung der UN auf einen Waffenstillstand in Tripolis bis zum 13.08.19. Dieser Waffenstillstand wurde bereits mehrfach gebrochen, u.a. durch einen Raketenangriff auf den Mitiga-Flughafen am Morgen des 12.08.19; insgesamt scheint er weitgehend eingehalten zu werden.

UN-Mitarbeiter durch Autobombe getötet

In Banghazi kam es am 10.08.19 zu einem Anschlag mit einer Autobombe, bei der unter anderem zwei Mitarbeiter von UNISMIL getötet wurden.

Marokko

Lehrer wegen Aufruf zu Gewalt verhaftet

Am 05.08.19 hat die marokkanische Kriminalpolizei einen 26 Jahre alten Lehrer verhaftet, der in einer Facebook-Gruppe von 500.000 Lehrern zu Gewalt gegen junge Belgierinnen, die mit einer gemeinnützigen belgischen Organisation den Bau von Schulen und Straßen im Süden des Landes unterstützten, aufgerufen hat. Die jungen Frauen würden wegen der Bekleidung in kurzen Shorts und T-Shirts Respektlosigkeit gegenüber der Tradition der Region und den Sitten im Land zeigen. Inzwischen sind drei der jungen Frauen vorzeitig abgereist. Nachdem die belgische Botschaft der gemeinnützigen Organisation geraten hat, keine Freiwilligen mehr nach Marokko zu schicken, hat diese künftige Aufenthalte abgesagt.

Marokkanische Marine rettet 424 Menschen aus Seenot

Die marokkanische Marine hat vom 03.08.19 bis 05.08.19 424 Menschen aus Seenot gerettet und in marokkanische Häfen zurückgebracht.

Begnadigungen zum Opferfest

Am 11.08.19, anlässlich des Opferfestes (Eid al-Adha), hat König Mohammed VI. 350 Begnadigungen ausgesprochen. Bei 315 Inhaftierten wurde die Haftstrafe reduziert, 35 Häftlinge wurden freigelassen und bei 18 Personen wurde die Haftstrafe in eine Geldstrafe umgewandelt.

Moldau

EU gewährt wieder Finanzhilfen

Die neue Ministerpräsidentin, Maia Sandu, unterzeichnete am 24.07.19 in Brüssel drei Finanzhilfvereinbarungen im Wert von 45 Mio. USD mit der EU. Das Geld soll in die wirtschaftliche Entwicklung, die Schaffung von Rechtsstaatlichkeit und in die Umsetzung eines Assoziierungsabkommens fließen.

Nachdem die EU ihre Unterstützung im vergangenen Jahr wegen mangelnder Reformumsetzung eingefroren hatte, sehen EU und Internationaler Währungsfonds unter der neuen Regierung große Chancen.

Die neue Regierung, die sich aus der proeuropäischen ACUM-Fraktion und der prorussischen Sozialistischen Partei zusammensetzt, wurde Mitte Juni gebildet und hat angekündigt, entschlossen gegen Korruption vorgehen zu wollen (vgl. BN v. 01.07.19).

Mosambik

Friedensabkommen unterzeichnet

Am 06.08.19 unterzeichneten Staatspräsident Filipe Nyusi und Ossufo Momade, der Anführer der Renamo-Rebellen, in einer feierlichen Zeremonie einen Friedensvertrag. Dieser beinhaltet unter anderem die Integration einiger Renamo-Milizionäre in die Armee und die Polizei. Anderen soll mit einer finanziellen Hilfe der Übergang ins zivile Leben erleichtert werden. Damit erfolgt die Rückkehr zum Frieden von 1992 zwischen der einst sozialistischen Frelimo-Regierung und den einst vom südafrikanischen Apartheidregime unterstützten Renamo-Rebellen. Die Renamo hatte 2013 das Abkommen einseitig aufgekündigt und war in den Untergrund zurückgekehrt. Nach einem Waffenstillstand 2016 folgte ein jahrelanger Verhandlungsprozess.

Nigeria

Sicherheitskräfte gehen gegen Protestveranstaltungen der RevolutionNow vor

Am 05.08.19 fanden in mehreren Städten Nigerias kleinere Protestveranstaltungen gegen die Regierung Buhari statt. Zu diesen hatten Omoyele Sowore (Menschenrechtsaktivist, Gründer des nigerianischen Online-Nachrichtenportals Sahara Reporters und Präsidentschaftskandidat der Partei African Action Congress (AAC) bei der Wahl im Februar 2019) und der AAC unter dem Hashtag #RevolutionNow aufgerufen. Die Polizei rief die Bevölkerung dazu auf, sich nicht daran zu beteiligen. In Lagos verbarrikadierte die Polizei den Eingang zum Nationalstadion, wo sich die Protestierenden versammeln wollten. Zudem ging sie mit Tränengas gegen sie vor und verhaftete etwa zwölf Personen. In Abuja, wo die Polizei den Eagle Square sowie die Zugänge zur Stadt abgeriegelt hatte, marschierten einige Aktivisten zum Hauptsitz der Nationalen Menschenrechtskommission, wo sie Menschenrechtsverletzungen unter Staatspräsident Buhari anprangerten. Laut Angaben von Inibehe Effiong (Rechtsanwalt und Berater von Sowore) sollen bei den Protesten landesweit insgesamt 56 Personen verhaftet worden sein.

Gericht gewährt Geheimdienst Befugnis, Omoyele Sowore zu inhaftieren

Am 08.08.19 gewährte der Federal High Court in Abuja dem Geheimdienst DSS (Department of State Services) in Anwendung der Terrorismusgesetzgebung die Erlaubnis, den am 03.08.19 verhafteten (vgl. BN v. 05.08.19) Omoyele Sowore 45 Tage zu inhaftieren. Damit soll es dem DSS ermöglicht werden, die Untersuchungen zu dem am 27.08.19 erfolgten Aufruf Sowores zur Revolution und zu einer am 05.08.19 geplanten Protestveranstaltung gegen die Regierung von Buhari abzuschließen. Sollte dies bis dahin nicht möglich sein, kann der DSS eine Verlängerung der Haft von Sowore um weitere 45 Tage beantragen.

Vorläufige Haftentlassung von Ibrahim El-Zakzaky und Ehefrau zwecks Krankenbehandlung

Am 05.08.19 entließ der Geheimdienst DSS den seit Dezember 2015 ohne Urteil inhaftierten Anführer und Gründer der seit Ende Juli 2019 verbotenen schiitischen Sekte Islamic Movement in Nigeria (IMN), Ibrahim El-Zakzaky, und seine Ehefrau aus der Haft. Damit befolgte der DSS eine Anordnung des Kaduna High Court vom 05.08.19, die erging, um El-Zakzaky und seiner Frau in Indien eine dringend notwendige Krankenbehandlung zu ermöglichen. Die Anordnung der Haftentlassung durch das Gericht erfolgte mit der Auflage, dass Zakzaky und seine Ehefrau während der Reise und des Aufenthalts in Indien unter Bewachung stehen und sofort nach Abschluss der Krankenbehandlung nach Nigeria zwecks Fortsetzung des Prozesses zurückkehren. Dem Verbot der größten schiitischen Vereinigung Nigerias war eine Vielzahl von Protestmärschen des IMN vorausgegangen, auf denen die Freilassung von El-Zakzaky und seiner Ehefrau gefordert wurde. Hierbei kam es mehrfach zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften, wobei es mehrere Tote gab.

Russische Föderation

Zehntausende Menschen demonstrieren erneut für freie Wahlen

Ungeachtet massiver Einschüchterungsversuche der Polizei haben in Moskau am 10.08.19 erneut Zehntausende auf dem Sacharow-Prospekt friedlich gegen Polizeigewalt und für freie Wahlen demonstriert. Organisatoren sprechen von rund 50.000, die Polizei von rund 20.000 Teilnehmern. Unter den Protestierenden waren viele junge Leute. In sozialen Netzwerken hatten Videos von der Polizeigewalt gegen Demonstranten bei vergangenen Kundgebungen großes Entsetzen ausgelöst. Die Menge skandierte u.a. "Freiheit für die politischen Gefangenen". Gemeint sind damit insbesondere die bekannten Oppositionspolitiker Alexej Nawalny und Ilja Jaschin, die derzeit inhaftiert sind.

Anders als die Proteste der beiden vergangenen Wochenenden war die Demonstration dieses Mal genehmigt worden. Massenhafte Festnahmen blieben aus. Dem Bürgerrechtsportal OWD-Info zufolge seien in Moskau dennoch etwa 180 Menschen festgenommen worden. Bei Solidaritätskundgebungen für die Moskauer Proteste seien landesweit mindestens 80 Menschen in Gewahrsam genommen worden. An den beiden Wochenenden davor waren bei nicht genehmigten Demonstrationen mehr als 2.000 Menschen verhaftet worden. Das massive Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die friedlichen Demonstranten stieß international auf Kritik.

Saudi-Arabien

Gleichstellung: Frauen können künftig ohne Zustimmung eines Mannes reisen

Laut einem neuen Dekret von König Salman ibn Abd al-Aziz al-Saud erhalten Frauen ab dem Alter von 21 Jahren das Recht auf einen Pass und Reisefreiheit, wie die saudische Nachrichtenseite Okaz berichtete. Bislang brauchten Frauen in Saudi-Arabien dafür die Zustimmung eines männlichen Vormundes. Überwiegend sind dies der Vater oder ein Bruder. Viele der Verbesserungen für Frauen in letzter Zeit haben auch einen starken wirtschaftlichen Aspekt. Dazu zählt z. B. auch ein Gesetz gegen sexuelle Belästigung, das seit dem letzten Jahr gilt. Es ermöglicht Frauen vermehrt mit Männern, mit denen sie nicht verwandt sind, gemeinsam zu arbeiten. Jüngste Reformen sehen sogar ein Recht auf Arbeit für Frauen vor.

Somalia

Todesstrafen vollstreckt

Ein somalisches Militärgericht hat am 05.08.19 in Mogadischu zwei al-Shabaab-Kämpfer hingerichtet. Das Gericht befand sie für schuldig, mehrere Terroranschläge in Mogadischu verübt zu haben, darunter einen Anschlag auf das Sahafi-Hotel im November 2018, bei dem Dutzende von Menschen getötet wurden.

Angriffe

Am 07.08.19 soll al-Shabaab eine Polizeistation in der Stadt Beledweyne, Region Hiraan, und am 08.08.19 eine Polizeistation in der Stadt Bardhere, Region Gedo, angegriffen haben.

Kampfhandlungen

Am 08.08.19 wurden vermutlich mittels einer US-Drohne mehrere Angriffe in den Städten Jamame und Sakow sowie in dem Dorf Salagle (Region Middle Juba) gegen al-Shabaab durchgeführt.

Somalische und AMISOM-Kräfte eroberten am 06.08.19 die Stadt Awdheegle in der Region Lower Shabelle. Al-Shabaab-Kämpfer hatten die Stadt jahrelang besetzt.

Syrien

Waffenruhe zerbricht

Am 05.08.19 erklärte die syrische Regierung, sie werde die einseitig erklärte Waffenruhe aufkündigen und die Offensive in Idlib wieder aufnehmen. Am 09.08.19 sollen bereits wieder syrische und russische Luftwaffenjets Ziele unter Beschuss genommen haben, nachdem die Bombardierungen seit der Waffenruhe vom 01.08.19 ausgeblieben waren.

Russland erklärte das Ende der Waffenruhe damit, dass Dschihadisten, die das letzte Rebellengebiet in Idlib und Teilen angrenzender Provinzen kontrollieren, zuvor Orte unter Regimekontrolle und den russischen Militärflugplatz Hmeimim beschossen.

Am 11.08.19 konnten Präsident Assads Kräfte das strategisch wichtige Hobait einnehmen. Damit rückte die syrische Armee näher an Khan Sheikhoun heran, welches seit 2012 durchgehend unter Kontrolle der Rebellen steht. Die oppositionsnahe Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte sprach vom wichtigsten Vorstoß der Regierungstruppen seit Beginn der Offensive am 30.04.19.

UN-Mitarbeiter gehen von mindestens 10.500 Vertriebenen für die Monate Juni und Juli aus.

Türkische Militäroffensive abgewendet

Am 07.08.19 erklärten die USA und die Türkei, dass man sich auf die Errichtung einer Sicherheitszone im nordöstlichen Syrien geeinigt hat. Die Zone soll zum Einen verhindern, dass kurdische Kämpfer die Region als Rückzugsgebiet für Angriffe in der Türkei benutzen. Zum Anderen wird das Land als zukünftiges Siedlungsgebiet für aus der Türkei zurückkehrende syrische Flüchtlinge gehandelt. Beide Konfliktparteien werfen sich gegenseitig vor, die demographische Zusammensetzung in der Region langfristig zugunsten einer kurdischen bzw. einer arabischen Mehrheit verändern zu wollen.

Die Einigung ist jedoch vage gehalten. Beide Parteien wollen zunächst ein Operationszentrum für die Einrichtung einer sogenannten Sicherheitszone einrichten. Details über die Größe der zukünftigen Zone oder ihre Kontrolle wurden bisher nicht genannt. Türkische Diplomaten bestanden bis zuletzt auf einem Korridor von über 32 km, was zur Folge hätte, dass auch große kurdische Siedlungsgebiete einschließlich der Stadt Qamischli in diesen Sektor fielen. Die kurdisch dominierte SDF-Führung schlug einen Korridor von 3-5 km vor. Auch die Frage, wer die Sicherheitszone kontrollieren soll, bleibt unbeantwortet.

Die syrische Regierung in Damaskus kritisierte das Abkommen und bezeichnete es als Angriff auf die Souveränität und territoriale Einheit Syriens.

Angriffe auf türkische Militärpräsenz

Angaben der Türkei zufolge griffen kurdische Kämpfer der YPG am 09.08.19 eine Stellung des türkischen Militärs in Afrin an. Zwei Soldaten wurden dabei verletzt.

Drei Tote bei Attentat in Qamischli

Am 07.08.19 tötete eine Autobombe drei Kinder im kurdisch dominierten Nordosten des Landes. Der Polizeisprecher der Stadt geht von einem terroristischen Hintergrund aus. Niemand schien sich zu der Tat zu bekennen. Seit einiger Zeit warnen die Behörden vor der wachsenden Gefahr radikalislamistisch motivierter Anschläge, die von IS-Anhängern im Untergrund durchgeführt werden.

Tschad

Dutzende Tote bei ethnischen Auseinandersetzungen

Präsident Idriss Déby Itno sprach am 09.08.19 vor Journalisten in der Hauptstadt N'Djamena von mindestens 37 Toten, in einem Krankenhaus wurde die Zahl der Toten mit 44 angegeben. Die aktuellen Auseinandersetzungen entwickelten sich seit 05.08.19 in der östlichen Provinz Ouaddai. Dabei standen sich arabische Viehzüchter und sesshafte Landwirte gegenüber. Die Besitzer von Schusswaffen schreckten nicht vor ihrem Einsatz zurück, wenn die Polizei eingreife, beklagte Déby. Im vergangenen Monat hatte Déby vorgeschlagen, wieder Militärgerichte einzusetzen, um der Gewalt zu begegnen. In der Provinz Sila wurden laut Déby seit Anfang des Jahres bei ähnlichen Konflikten mehr als 40 Menschen getötet.

Türkei

Deutscher festgenommen

Bei seiner Einreise in die Türkei Ende Juli 2019 wurde nach Medienberichten ein deutscher Staatsbürger festgenommen. Die türkische Justiz werfe ihm vor, über seinen Facebook-Account Terrorpropaganda geteilt zu haben. Das Auswärtige Amt sei über den Fall informiert. Ein Haftrichter habe entschieden, dass er wegen Fluchtgefahr in Untersuchungshaft bleiben müsse, da er keinen Wohnsitz in der Türkei habe. Nach Medienberichten sei der Mann 1983 in der Türkei geboren worden und besitze seit 2011 die deutsche Staatsbürgerschaft; aus der türkischen sei er 2012 entlassen worden.

Tunesien

Fast 100 Kandidaten zur Präsidentenwahl angemeldet

Für die Präsidentenwahl am 15.09.19 haben inzwischen 98 Kandidaten ihre Unterlagen eingereicht. Zu den Bewerbern gehören auch der Regierungschef Youssef Chahed, der Verteidigungsminister Abdelkarim Zbidi, der Medien-Mogul Nabil Karoui, der ehemalige Übergangspräsident Moncef Marzouki sowie der homosexuelle Rechtsanwalt Mounir Baatour. Die tunesische Wahlbehörde wird am 31.08.19 bekannt geben, welche Kandidaten zugelassen werden.

Venezuela/Kolumbien

Einbürgerungen venezolanischer Kinder in Kolumbien

Am 05.06.19 hat der Präsident Kolumbiens eine Resolution bestätigt, nach der seit dem 19.08.15 in Kolumbien geborene Kinder von Venezolanern die kolumbianische Staatsangehörigkeit erhalten können. Bisher war das nur möglich, wenn zumindest ein Elternteil einen dauerhaften legalen Aufenthaltstitel in Kolumbien besaß.

Neue US-Sanktionen/Abbruch der Gespräche

Am 05.06.19 erließ US-Präsident Donald Trump mittels einer executive order deutlich ausgeweitete Sanktionen gegen die Regierung Venezuelas. Sämtliche Vermögenswerte innerhalb der USA wurden eingefroren, US-Bürgern und -firmen der Handel mit der venezolanischen Regierung im Endeffekt untersagt (auch wenn Ausnahmegenehmigungen, beispielsweise für medizinische Güter oder im US-Interesse liegende Investitionen, beantragt werden können). Die Sanktionen werden stark kritisiert, da sie primär die Wirtschaft des Landes treffen und die Krise absehbar verschärfen werden. Am 08.08.19 reagierte die Regierung Maduro darauf mit dem vorläufigen Abbruch der Gespräche mit der Opposition.